



ABSCHLUSSVERANSTALTUNG

„Europa in Frankfurt“: Europapolitik in der Praxis. MA-Studierende stellen ihre Studienprojekte vor

1. Februar 2017, Campus Westend

Wie wirkt sich Europapolitik auf Wirtschaft, Politik und Gesellschaft vor Ort aus? Diese Fragestellung haben MA-Studierende im Seminar „Europa in Frankfurt“ untersucht. Sie absolvierten Ortstermine in der Verwaltung, bei Interessenverbänden, Unternehmen, sozialen Trägern und in Frankfurter Schulen. Bei der Abschlussveranstaltung stellten die Studierenden aus acht Projekten ihre Ergebnisse vor. Seminarleiterin Prof. Dr. Sandra Eckert freute sich, zu dieser Veranstaltung Prof. Dr. Roland Kaehlbrandt und Daphne Lipp von der Stiftung Polytechnische Gesellschaft Frankfurt am Main begrüßen zu können.

Seit Semesterstart im Oktober 2016 haben die Studierenden ihre Ortstermine in Frankfurt und Umgebung geplant. Hierfür entwickelten sie im Seminar einen Interviewleitfaden, auf dem die Experteninterviews fußen.

„Was ist eine europäische Bildung?“ Diese Frage untersuchten Studierende am Beispiel einer Frankfurter Europaschule, der Liebigsschule. Im Gespräch mit der Schulleitung erörterten die Studierenden die europäische Dimension des Lernens, außerdem führten sie in einer Klassenstufe eine Erhebung zur Europäischen Identität durch. Im Vergleich zu Durchschnittswerten bei Eurobarometerumfragen zeigte der Befund, dass insbesondere die Wertevermittlung bei den Schülerinnen und Schülern einen Unterschied macht.

Dem Thema Interessenvermittlung widmete sich eine Gruppe am Beispiel des Deutschen Fußballbundes (DFB) mit Sitz in Frankfurt. Aus dem Austausch mit dem Büroleiter in Brüssel ergab sich, dass Hauptaufgaben auf europäischer Ebene das Monitoring relevanter Rechtssetzung sowie Informationsbeschaffung im Bereich der europäischen Sportförderung seien, während Aufgaben der Interessenvertretung stärker durch das Berliner Büro wahrgenommen würden.

Ein Besuch aller Studierenden bei der Europäischen Zentralbank (EZB) wurde von einer Expertengruppe vor- und nachbereitet. Die Studierenden zogen das Fazit, dass im Selbstverständnis der EZB das Vertrauen der europäischen Bürgerinnen und Bürger in eine

unabhängige Geldpolitik zentral sei. Als besonders erörternswerten Punkt griff die Gruppe den Aspekt der Transparenz heraus, und wog die Vor- und Nachteile einer erhöhten Transparenz über interne Entscheidungsprozesse der EZB ab.

Die Auswirkungen des BREXIT auf Frankfurt standen im Mittelpunkt einer öffentlichen Podiumsdiskussion, die von einer Projektgruppe inhaltlich vorbereitet wurde. Die Studierenden konstatierten, dass die Podiumsgäste insgesamt die Auswirkungen eines potentiellen Zuzugs im Bereich der Finanzbranche als marginal für die Herausforderungen der Stadtentwicklung erachteten. Letztere lägen auf der Hand: Wohnungsknappheit und Überlastung der Verkehrsinfrastruktur.

Am Beispiel des Frankfurter Flughafens untersuchte eine Projektgruppe Prozesse der Versichertheitlichung. Bei einem Ortstermin im Bereich Sicherheitsmanagement der Fraport AG erörterten die Studierenden relevante europarechtliche Vorgaben, Aspekte der Umsetzung vor Ort, sowie das subjektive Sicherheitsempfinden von Beschäftigten und Reisenden.

Der Beitrag der europäischen Strukturförderpolitik zur Arbeitsmarktintegration von geflüchteten Menschen war ein weiteres Thema in den Studienprojekten. Die Studierenden interviewten Experten im Projektbüro ‚Wirtschaft integriert‘ des Bildungswerkes der Hessischen Wirtschaft sowie bei der zuständigen Prüfbehörde (Landesbank Hessen-Thüringen). Sie zogen das Fazit, dass die europäische Ko-Finanzierung mit einem erheblichen administrativen Mehraufwand in der Implementierung verbunden sei. In der Bewertung der Wirksamkeit der Projekte stellten die Studierenden zudem eine Diskrepanz zwischen den strengen Prüfkriterien der Europäischen Kommission und der Einschätzung des Projekterfolges durch die Umsetzungsakteure fest.

Die Umsetzung europäischer Energieeffizienzvorgaben für Gebäude untersuchten Studierende anhand des Aktiv-Stadthauses in Frankfurt sowie der Goethe-Universität Frankfurt. Dazu führten sie Experteninterviews mit der Projektleitung beim Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit, einem Energieeffizienzexperten beim Fraunhofer-Institut für Bauphysik sowie dem Energiemanagement der Universität durch. Neben den divergierenden Herausforderungen, die sich im Energiemanagement eines Wohnhauses im Gegensatz zu einer Universität stellen, wurden Unterschiede in der Steuerung der Umsetzungsprozess festgestellt: beim Aktiv-Stadthaus handelt es sich um ein vom Bund und der EU unterstütztes Pilotprojekt, das verbindliche Vorgaben erfüllt und Schule machen soll; hingegen fußen die an der Goethe-Uni ergriffenen Maßnahmen im Rahmen einer energieeffizienten Landesverwaltung Hessen auf Freiwilligkeit.

Das Europäische Emissionshandelssystem ist eine ambitionierte steuerungspolitische Innovation, die zur Erreichung internationaler Klimaziele beitragen soll. Wie sich die Umsetzung des Emissionshandels auf lokale Unternehmen auswirkt, erörterte eine Gruppe im Experteninterview bei der Frankfurter Industrie- und Handelskammer. Die klimapolitische Bilanz zum Erfolg des Instruments fiel für die Studierenden ernüchternd aus: für die großen Unternehmen seien die Zertifikate in den vergangenen Handelsperioden zu günstig ausgegeben worden, während kleine und mittlere Unternehmen von den Maßnahmen aufgrund geringer Emissionen nicht tangiert wurden.

Insgesamt zogen die Studierenden eine positive Bilanz aus ihrem direkten Austausch mit Experten vor Ort. Sie schätzten insbesondere den praxisnahen Ansatz, der einen neuen Blickwinkel auf europäische Politik ermöglicht, sowie die selbständige Projektdurchführung in der Gruppe. Das innovative Lehrkonzept mit Praxisbezug, das einen Kontakt zur Stadtgesellschaft herstellt, wird von der Stiftung Polytechnische Gesellschaft Frankfurt am Main gefördert.